

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe **November 2009**



Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

„Ärmel aufkrepeln, zupacken, aufbauen!“ – wieder ein Zitat aus einem Degenhard-Lied ... zum letzten Mal, versprochen! Aber diese Worte passen einfach so gut zu unserer Situation.

Die Wunden aus dem Wahlkampf sind zwar gelect, sie schmerzen aber noch immer. In Berlin werden wir die Oppositionsbank nicht nur für einen veränderten Blickwinkel auf die Regierungsarbeit, sondern vor allem auch zur Neuorientierung nutzen. CDU/CSU und FDP finden oder suchen sich mitunter noch in der Regierungskoalition, verdrängen aber gemeinschaftlich bereits viele der vollmundigen Wahlversprechen von der Tagesordnung. Das gilt vor allem auch für Vorhaben, die für uns Selbständige

durchaus wichtig und interessant gewesen wären, wie z. B. ein vereinfachtes Steuersystem. Der von CDU und FDP so stark umworbene Mittelstand ist ihnen im Koalitionsvertrag gerade mal 1,3 von 132 Seiten wert. Und selbst auf diesen findet sich wenig Konkretes ([» Link](#)).

Höchste Zeit also, den Selbständigen und damit auch unseren AGS-Ideen und Taten mehr Stimme zu verleihen. Also: Ärmel aufkrepeln ...



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer

Stellv. AGS-Landesvorsitzender NRW



AUS DEM BUND

ANDRÉ STINKA

BERICHT VOM BUNDESPARTEITAG DER SPD IN DRESDEN

„Sigmar Gabriel hat Recht, wenn er in seiner hervorragenden Parteitage-Rede in Dresden den Blick auf die vielen Selbständigen, mittelständischen Unternehmer und Handwerker lenkt, die unter der Finanzkrise leiden“, so André Stinka, Stellv. Vorsitzender der AGSNRW.

André Stinka, MdL und Mitglied im Bundesparteirat, erlebt den Aufruf des neuen SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel gerade auch in Richtung Mittelstand und Handwerk: „Wir Sozialdemokraten sind die Partei, die durch aktive Politik gerade diesen Teil der Wirtschaft in Deutschland beachtet.“

Zusätzlich weist er auf die zur Zeit fehlende Mittelstandspolitik in NRW hin: „Frau Thoben hat nicht – wie zugesagt – die bürokratischen Lasten im Mittelstand reduziert. Darüber hinaus ist Ihr auch die Beteiligung der Praxis an Gesetzgebungsverfahren nicht wichtig. Das jüngste Beispiel hierfür: Seit dem 1.1.2009 müsste in NRW das EE-Wärmegesetz umgesetzt werden. Aber erst auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion fand am 6.11.2009, also knapp ein Jahr verspätet, eine Anhörung der Verbände zu diesen Thema statt. Somit sind Bauherren, Heizungsunternehmen, Architekten und Bauunternehmen ohne



v.l.n.r.: Carsten Rampe (Delegierter aus Coesfeld), André Stinka (MdL, Stellv. Vorsitzender der AGSNRW), Manuela Schwesig (neue Stellv. Parteivorsitzende), Dr. Angelica Schwall-Düren (MdB, Stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion)

gültige Verwaltungsvorschrift geblieben. Ein Zustand, der Investitionen nicht fördert und der Umwelt schadet.“

André Stinka sieht nach dem Dresdener SPD-Parteitag auch vom Standpunkt des Mittelstands, des Handwerks und der Selbständigen einen Arbeitsauftrag an alle Parteigliederungen, diese Bevölkerungsgruppen zu unterstützen und noch stärker auf sie zuzugehen. „Wir Sozialdemokraten werden für eine Wirtschaftspolitik eintreten, die Arbeit, Wirtschaft und Umwelt verbindet“, so Stinka. „Das unterscheidet uns deutlich von CDU/FDP, die ein ‚entweder oder‘ vertreten. Das wird NRW und der hier ansässigen mittelständischen Wirtschaft nicht gerecht und führt nicht zu neuen Zukunftsbranchen.“ <

AUS DEM LAND

NRWSPD

ALLE ZEHN NRW-KANDIDATEN IN DEN PARTEIVORSTAND GEWÄHLT

Neben Hannelore Kraft, die mit über 90% Zustimmung neue Stellv. Parteivorsitzende ist, sind auch alle weiteren 10 NRW-Kandidaten in den Parteivorstand (wieder-) gewählt worden!



Die AGSNRW gratuliert daher sehr herzlich **Hannelore Kraft, Ute Berg, Ulla Burchardt, Michaela Engelmeier-Heite, Birgit Fischer, Kerstin Griese, Michael Groschek, Ulrich Kelber, Achim Poß, Thomas Schlenz** und **Angelica Schwall-Düren** und wünscht ihnen viel Geschick und Erfolg im (neuen) Amt! <

NRWSPD ZUKUNFTSKONVENT IN OBERHAUSEN

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist immer eine Stärke Nordrhein-Westfalens gewesen. Sozialdemokratische Ministerpräsidenten standen für eine Gesellschaft des Miteinanders, in der Menschen für Menschen und Generationen für Generationen eingetreten sind.

Manches hat sich in den vergangenen Jahren verschoben. Die entscheidenden Fragen unserer Zeit lauten: In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben? Wollen wir ein Gemeinwesen, in welchem das „Ich“ oder das „Wir“ im Vordergrund steht? Ist es die Ellenbogengesellschaft oder das solidarische Miteinander, welches uns nach vorne bringt? Für die SPD ist klar: Wir wollen, dass Menschen füreinander eintreten. Nur so kann der soziale Frieden in unserem Land aufrecht erhalten bleiben.

Politik hat hier eine große Verantwortung. Wer – wie Union und Liberale – einer rigorosen Privatisierung der Lebensrisiken das Wort redet, wer den sozialen Bereich als Steinbruch zur Sanierung des Haushaltes nutzt, der wird dieser Verantwortung nicht gerecht.



Mit diesen Zielvorgaben stimmte die NRWSPD unter Hannelore Kraft die etwa 900 Teilnehmer des Zukunftskonvents im Rheinischen Industriemuseum in Oberhausen bereits im Vorfeld auf wichtige Themen für die Neuorientierung ein.

Wie wichtig diese Themen sind, bestätigte der evangelische Pfarrer und Vorstand der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., Dr. Uwe Becker. Mit seiner Rede „Die Krise als Herausforderung für den Sozialstaat“ forderte er die SPD auf, sich stärker an

die Seite der Armen, der Ausgegrenzten, der Benachteiligten zu stellen.



Daran anschließend ging die Vorsitzende der NRWSPD, Hannelore Kraft, in einer kämpferischen Ansprache auf die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2009, den Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP und vor allem sozial relevante Themen ein. In ihrer knapp einstündigen Rede zeigte sie auf, wohin sich die Neuorientierung bewegen muss: das Soziale wieder stärker in den Vordergrund rücken, dem Vertrauensverlust durch verantwortliches Handeln begegnen. „Wir müssen Fehler analysieren, warum wir Vertrauen verloren haben“, rief Hannelore Kraft den Genossen zu.



In drei Foren waren dann die Delegierten zum Mitmachen aufgefordert:

- Gemeinsam Kinder stark machen
- Gemeinsam Generationen verbinden
- Gemeinsam für bürgerschaftliches Engagement

Seit der Bundestagswahl sind allein in Nordrhein-Westfalen über 1.000 Männer und Frauen der SPD beigetreten. Zum Kennenlernen, zum Austausch und zur Diskussion wurden sie in Oberhausen zu einem Neumitgliedertreffen eingeladen. Über 350 Neumitglieder folgten der Einladung. <

AUS DEM LANDESVORSTAND

HANDWERK

DIE AGSNRW BEIM NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN HANDWERKSTAG (NWHT)

Aufgebaut auf bestehende Kontakte haben wir bei einer Veranstaltung in Düsseldorf: Am 26.10.09 trafen sich dort Repräsentanten der AGSNRW und der NRW-SPD mit Vertretern des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags. Titel der Veranstaltung: „Politik im Dialog – Was sind die handwerkspolitischen Inhalte der SPD-Politik in NRW?“

Begrüßt wurden die zahlreichen Gäste von Prof. Wolfgang Schulhoff, Präsident des NRW-Handwerkstages. Das Eingangsstatement zum Thema: „Das Unternehmerbild in der sozialen Marktwirtschaft“ hielt Dipl.-Ing. André Brümmer, stellv. Vorsitzender der AGSNRW. Das ethische Verhalten von Unternehmern in der Sozialen Marktwirtschaft ist schon immer ein besonderes Anliegen von Prof. Schulhoff gewesen. MdL Thomas Eiskirch, wirtschaftspolitischer Sprecher der NRWSPD-Landtagsfraktion, stellte das Handwerker-Scheckheft der NRWSPD vor: „Gutes Handwerk“ ([» Link](#)). Das von MdL Prof. Dr. Gerd Bollermann entwickelte Scheckheft ist ein SPD-Vorschlag zur Förderung des Handwerks. MdL André Stinka, energie- und klimapolitischer Sprecher der NRWSPD-Landtagsfraktion sowie stellv. Landesvorsitzender der AGSNRW, sprach zum Thema: „Klimaschutz als Fortschrittsfaktor und Motor für das Handwerk“.

Die Veranstaltung endete mit einer sehr regen Diskussion zu den genannten Themen. Durch Aktivitäten dieser Art können wir unsere Zielgruppen ansprechen und Kompetenz beweisen. Die Kontakte sind geknüpft. Darauf sollten wir aufbauen! <

Dr. Thomas Köster (Hauptgeschäftsführer NWHT), MdL Thomas Eiskirch, Prof. Dr. Wolfgang Schulhoff (Präsident NWHT), MdL André Stinka (Stellv. Vorsitzender AGSNRW), André Brümmer (Stellv. Vorsitzender AGSNRW), v.l.n.r.



Dipl.-Ing. André Brümmer, stellv. Landesvorsitzender der AGSNRW, bei seinem Eingangsstatement zum Thema „Das Unternehmerbild in der sozialen Marktwirtschaft“.



Blick ins Diskussionsforum: Zahlreiche Handwerksfunktionäre aus dem ganzen Land beteiligten sich lebhaft an der Diskussion.

Sozialdemokratie will das Handwerk deutlich stärken

Der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag begrüßte SPD-Politiker zum Dialog



tionierende Demokratie braucht mindestens zwei Volksparteien.“ Er stellte einige Punkte des Konzepts zur Stärkung des Handwerks vor. Das Konzept „Gutes Handwerk“ der SPD-Fraktion soll mit einem „Scheckheft Handwerk“ aufzeigen, wo passgenaue Beratungslösungen für Handwerker notwendig sind. Eiskirch erläuterte die fünf Schecks, mit denen die Politik das Handwerk gezielt unterstützen will. Dazu gehört der Bürgerschaftscheck, der Meistern bei der Unternehmensgründung helfen soll, der Beratungsscheck für die Wachs-

Auch das Handwerksblatt berichtete über das Treffen.



SPD KÖLN UND AGSNRW**CHRISTIANE SCHMITZ AUS KÖLN-NIPPES WILL DAS DIREKTMANDAT FÜR DIE SPD ZURÜCKGEWINNEN!**

Christiane Schmitz ist Mitglied im Vorstand der AGS-NRW und dort zuständig für Wirtschafts- und Finanzpolitik. Im OV Köln-Nippes arbeitet sie im Vorstand mit und will jetzt ihr Engagement weiter ausbauen. Daher hat sich die Kölner Rechtsanwältin für eine Kandidatur in Köln IV (Chorweiler) beworben.



Christiane Schmitz, Mitglied im AGS-Landesvorstand

Die Entscheidung, ob Christiane Schmitz die SPD bei der Landtagswahl am 9.5.10 vertritt, fällt am 24. November in der Kölner Wahlkreisdelegiertenkonferenz. Der Landtagswahlkreis Köln IV ist bei der letzten Wahl an den politischen Gegner gefallen und soll jetzt wieder durch eine(n) sozialdemokratische(n) Kandidaten(in) im Landtag vertreten werden.

Unternehmerische Mitbestimmung, ein guter Kündigungsschutz und die Forderung eines flächendeckenden Mindestlohns sind für Christiane Schmitz keine sozialromantischen Verteidigungslinien, sondern die richtigen gesellschaftlichen Rahmensetzungen für unsere Wirtschaft.

Die Kölnerin ärgert sich gelegentlich darüber, dass die Sozialdemokratie in der öffentlichen Wahrnehmung ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen in der Defensive ist. Das liegt nach ihrer Auffassung auch daran, dass die politische Konkurrenz die „wirtschaftliche Vernunft“ unwidersprochen für sich beansprucht. Das will die Kandidatin möglichst bald im Landtag ändern. Ein Hauptziel der gelernten Bankkauffrau ist es, der WestLB stärker auf die Finger zu schauen, damit das Land seine geringen finanziellen Spielräume behält und die Bürger in NRW nicht unüberschaubare Risiken tragen müssen. <

CHRISTIANE SCHMITZ**„INNERER KOMPASS“ ZUR KANDIDATUR**

In den folgenden zwei Artikeln stellt Christiane Schmitz ihren inneren Kompass für die Bewerbung zur Landtagskandidatur etwas genauer vor und führt aus, warum dauerhaft wirtschaftlicher Erfolg in Deutschland nur mit *wirtschaftlicher Vernunft* erreichbar ist, die zum einen *gute Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen* und *anständige Bezahlung* und zum anderen *einen starken ordnungspolitischen Rahmen für stabile Finanzmärkte* fordert.

(I) GRUNDSATZTHESEN**MITBESTIMMUNG, KÜNDIGUNGSSCHUTZ UND MINDESTLOHN VERTEIDIGEN – WEIL DAS DIE RICHTIGE IDEE IST!**

Christiane Schmitz sieht die SPD als Partei, die für ein sozial ausgewogenes Miteinander eintritt und die den als Freiheit getarnten Egoismus der Liberalen in FDP und Union entlarven muss. Für sie ist der schärfste inhaltlich-politische Gegner die FDP, die unsere Gesellschaft durch ein fragwürdiges Sozialstaatsverständnis spalten will und insofern eine extreme Partei ist.

OFFENSIV FÜR UNSERE POSITIONEN WERBEN

In der Wirtschaftspolitik ist die Sozialdemokratie in der öffentlichen Wahrnehmung in der Defensive. Das liegt auch daran, dass die politische Konkurrenz die „wirtschaftliche Vernunft“ unwidersprochen für sich beansprucht.

Die aktuelle Krise hat in vielen Bereichen gezeigt, dass die wirtschaftliche Vernunft auf der Seite der SozialdemokratInnen ist. Wenn Guido Westerwelle und der „Baron aus Franken“ ihre Einfaltlogik plakatieren, sollte das die SozialdemokratInnen nicht verunsichern, sondern stattdessen motivieren, diesbezügliche Vorurteile auszuräumen. Zudem ist es ein längst widerlegter Irrglaube, man müsse nur Unternehmerinteressen fördern und automatisch würden von gutmeinenden Unternehmen und Managern höhere Löhne an die Arbeitnehmer gezahlt.

Richtig ist: Jede Lohn- und Gehaltserhöhung musste von Arbeitnehmern und Gewerkschaften erkämpft werden.

MITBESTIMMUNG VERTEIDIGEN – WEIL DAS DIE RICHTIGE IDEE IST

In den letzten Monaten konnte man scheinbar ganz neue Techniken der „Heuschrecken“ in Unternehmen beobachten. Die Schädlinge kamen nicht von außen, sondern von innen. Manchmal haben sie sich sogar in Köln organisiert. Bei Karstadt-Arcandor wurde das Unternehmen über Jahre durch Entzug von Kapital in eine immer schwierigere Lage gebracht. Statt den Konzern auf die Zukunft auszurichten und langfristige unternehmerische Konzepte zu entwickeln, beschränkten sich die Aktivitäten des Managements offenbar darauf, dem Konzern immer mehr Kapital zu entziehen und die eigenen Pfründe zu sichern.

Hinter den meisten Finanzmanövern steckt der falsche, aus Amerika importierte Gedanke, man müsse statt Eigenkapital in Unternehmen immer mehr Fremdkapital einsetzen. So erhöht sich zwar mechanistisch die Eigenkapitalrendite in guten Zeiten, aber in unternehmerisch schwierigeren Momenten fehlt die Möglichkeit, finanzielle Reserven zu aktivieren.

Die Solidarität der SozialdemokratInnen gilt den Arbeitnehmern, die um ihre Arbeitsplätze bangen, und nicht naiven Milliardärinnen, die sich jetzt inszenieren, aber über Jahre nicht verstanden haben, wie die eigenen Manager und Bankberater sie überverteilt hatten. Manchmal führt Gier gepaart mit fehlendem ökonomischem Weitblick zum „Spiel“ mit Arbeitsplätzen und Existenzen. Solche Auswüchse gilt es möglichst frühzeitig zu verhindern. Den besten Schutz gegen eine kurzsichtige Renditeorientierung bieten die unternehmerische Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen und starke Gewerkschaften.

Da SozialdemokratInnen solche Zusammenhänge verstehen und Wirtschaft ohne liberale gedankliche Scheuklappen beobachten, treten sie an der Seite

von Gewerkschaften für die Mitbestimmung von Arbeitnehmern ein.

KÜNDIGUNGSSCHUTZ VERTEIDIGEN – WEIL DAS DIE RICHTIGE IDEE IST

Der Schutz vor willkürlichen Kündigungen ist eine soziale Errungenschaft, die SozialdemokratInnen mit ihrer politischen Kraft verteidigen müssen. Die bestehenden Gesetze bieten Unternehmen bereits heute mindestens genügende Möglichkeiten für einen flexiblen Personaleinsatz.

Insbesondere die aktuelle Krise zeigt die gesellschaftspolitische Bedeutung des Kündigungsschutzes: Durch die Ausweitung der Kurzarbeitergeldregelung gepaart mit der Solidarität vieler Unternehmer konnte der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft bislang erhalten werden. Machen wir uns aber nichts vor: In anderen Ländern mit „flexibleren“ Kündigungsrechten für Arbeitgeber ist es während der Krise zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen.

Die SozialdemokratInnen müssen jetzt an der Seite der Gewerkschaften deutsche Kündigungsschutzrechte offensiv verteidigen und argumentativ deren gesellschaftspolitische Vorteile stärker herausheben. So hat das deutsche Sozialsystem gegenüber anderen Nationen in der Krise erhebliche Vorteile gebracht.

FÜR MINDESTLOHN EINTRETEN – WEIL DAS DIE RICHTIGE IDEE IST

Ein flächendeckender Mindestlohn ist kein ökonomisches Thema, sondern eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Es ist für SozialdemokratInnen nicht hinnehmbar, dass in der Kalkulation von Unternehmen Aufstockungsleistungen des Staates eine wichtige Rolle spielen. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von Mitnahmeeffekten.

Zum Mindestlohn hat Franklin D. Roosevelt bereits im Jahr 1938 die richtigen Worte gefunden: „*Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben aus-*

reichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben. Mit einem zum Leben ausreichenden Lohn meine ich mehr als das bloße Existenzminimum – ich meine Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.“ Nicht immer konnten wir SozialdemokratInnen ehemaligen US-Präsidenten so zustimmen wie in dieser Frage.

Es ist eine Unverschämtheit und eine arrogante Haltung gegenüber Betroffenen, dass von Seiten mancher FDP- und CDU-Politiker neuerdings verstärkt behauptet wird, es sei völlig ausreichend, manche Niedriglöhne als sittenwidrig zu klassifizieren.

Diese mögen zwar rechtlich zu beanstanden sein, aber ein individuelles Vorgehen gegen solche Bezahlungen erfordert Mut von denjenigen, die ohnehin durch ihre wirtschaftliche Situation eher mutlos sind. Sie verdienen Solidarität und diese organisieren die SozialdemokratInnen am besten mit Hilfe eines flächendeckenden Mindestlohns.

ARBEITNEHMERRECHTE SIND NICHT VERHANDELBAR

Unternehmerische Mitbestimmung, ein guter Kündigungsschutz und die Forderung eines flächendeckenden Mindestlohnes sind keine sozialromantischen Verteidigungslinien, sondern in unserer

Wirtschaftsordnung ein logisches Korrektiv manchmal allzu freier Marktkräfte. Starke Arbeitnehmerrechte sind die richtige gesellschaftliche Rahmensezung einer modernen Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt.

Christiane Schmitz plädiert für eine viel offensivere Kommunikation in beide Richtungen des politischen Spektrums: Gegen liberale Pläne des sozialen Kahlschlags und gegen manche populistische Versprechen von links der SPD.

GESTALTEN WOLLEN

Als Sozialdemokratin orientiert sich Christiane Schmitz an schützenswerten Arbeitnehmerinteressen, dem Wunsch nach Chancengerechtigkeit für alle und der Idee der sozialen Unterstützung für Schwächere.

Betrachtet man Politik im Allgemeinen, dann geht es in Kommunen, im Landtag und auch im Bundestag täglich um die Aufgabe, das Primat der Politik zu verteidigen und durchzusetzen.

Christiane Schmitz' Haltung dazu ist eindeutig: Zentrale Weichenstellungen sollten auch und gerade in Zeiten der Globalisierung in demokratisch legitimierten Gremien erfolgen. 

Der Landesvorstand der AGSNRW unterstützt die Kandidatur von Christiane Schmitz ausdrücklich. Ihre extrem praxisnahen Erfahrungen in den Bereichen „Finanzpolitik“ und „Bankenrecht“, verbunden mit einer zutiefst sozialdemokratischen Vorstellung von Gerechtigkeit, wären zweifellos eine große Bereicherung für den Landtag.

André Brümmer, Marianne Koch, André Stinka MdL, Michael Henke, Detlev Bombach, Jörg Brandes, Andreas Brinkmann, Jörg Czwikla, Klaus-Peter Duhme, Ersin Erdal, Frank Jakob, Kerstin Kaczor, Anne Landwehr, Angela Layendecker, Frauke Ley, Roland Przytulski

**(II) AK FINANZEN | CHRISTIANE SCHMITZ
THESENPAPIER FÜR DEN ARBEITSKREIS
FINANZEN DER AGSNRW: „FINANZMARKT
UND KREDITVERGABEPRAXIS“**

Die AGSNRW fordert für die WestLB:

1. Neues Geschäftsmodell der WestLB – auch im Fall einer Fusion mit anderen Instituten des Sparkassen-Finanzverbundes – muss dem Kerngeschäft der Sparkassen entsprechen
2. Offenes und transparentes Verfahren zur Beurteilung des neuen Geschäftsmodells
3. Keine Vermittlung von Kreditverbriefungen an Sparkassen, sofern sie nicht ausschließlich aus Krediten des Sparkassenfinanzverbundes stammen
4. Erwerb der neuen WestLB durch die öffentliche Hand bzw. den Sparkassen-Finanzverbund in 2011 nur bei klarem, tragfähigem Konzept
5. Kein Einstieg Privater in die Sparkassenlandschaft über die Hintertür

Die AGSNRW fordert für die Eigenkapitalunterlegung der Banken bei der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen (KMU):

1. Einfache und transparente Eigenkapitalanforderungen statt das System der Risikogewichtung und interner Bewertungsmodelle der Banken
2. Bonitätsbeurteilung nach einfachen Kennzahlensystemen bei Berücksichtigung der Erfahrungswerte des Kreditsachbearbeiters
3. Verpflichtung der Banken, erworbene Kredite und Kreditrisiken selbst zu prüfen
4. Bei Erlaubnis der Zuhilfenahme von Rating-Agenturen müssen diese von der EU bankähnlich reguliert sein

Begründung

1. WestLB – Landtag NRW:

Mit Hilfe des Bad-Bank-Gesetzes können die zum Teil angeschlagenen Landesbanken – insbesondere auch die WestLB – Kreditverbriefungen (sogenannte toxische Papiere/Schrottpapiere) in Abwicklungsanstalten auslagern. Für diese Möglichkeit der Befreiung von toxischen Papieren auf öffentlich-rechtliche Bad-Banks verlangte die EU-Kommission im Gegenzug die Reformierung und Veräußerung der gestützten Landesbanken. Insbesondere bei der WestLB kommt das Bad-Bank-Modell zum Tragen. Im Anschluss wird dann zwar die Bilanz der Landesbank bereinigt sein. Das

ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Bundesländer und Sparkassen als Eigentümer der Landesbanken nach wie vor den Großteil der Verluste ausgelagerter toxischer Papiere tragen müssen.

Das auszulagernde Volumen toxischer Papiere beträgt bei der WestLB 87 Mrd. Euro! Wenn u. a. das Land NRW für diese Risiken der WestLB haftet, dann müssen wir auch entsprechende Forderungen stellen.

Forderungen der AGSNRW:

a. Neues Geschäftsmodell der WestLB – auch im Fall der Fusion mit anderen Instituten des Sparkassen-Finanzverbundes – muss dem Kerngeschäft der Sparkassen entsprechen.

Das Ergebnis der von der EU geforderten Reformierung der WestLB muss ein Geschäftsmodell sein, das ausschließlich das Kerngeschäft der Sparkassen unterstützt, d.h. ein Geschäftsfeld, welches die Sparkassen gemäß Sparkassengesetz NRW selber betreiben und somit überblicken können. Dabei muss das Versorgen des Mittelstands sowie wirtschaftlich schwächerer Bevölkerungskreise mit Krediten den Schwerpunkt bilden. Das gilt unabhängig davon, ob der Sparkassenverbund und/oder das dahinter stehende Bundesland NRW die neu aufgestellte WestLB in dem von der EU vorgeschriebenen Bieterverfahren im Jahre 2011 erwerben kann oder nicht.

b. Offenes und transparentes Verfahren zur Beurteilung des neuen Geschäftsmodells

Dies vorausgesetzt haben die Sparkassen in einem offenen und transparenten Verfahren dem Landtag zu erklären, ob sich das neue Geschäftsmodell der WestLB für die Sparkassen in NRW rentiert und ob dafür eine Teilhabe der WestLB am Kerngeschäftsfeld der Sparkassen notwendig ist bzw. diese Teilhabe gewährleistet werden kann. Dabei ist sicherzustellen, dass WestLB und Sparkassen nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Vielmehr hat die WestLB unterstützend tätig zu werden, den Kundenkontakt soll dabei die Sparkasse pflegen, sofern sie die WestLB nicht um entsprechende Geschäftsaufnahme bittet („Subsidiaritätsprinzip“: Die WestLB als Dienstleister im Hintergrund). Nur dann kann für die Zukunft sichergestellt werden, dass das neue Geschäftsmodell der WestLB lukrativ ist und überleben kann, da ihm im Übrigen die Kunden fehlen würden.

Ergebnis des neuen Geschäftsmodells darf es nicht sein, dass die WestLB erneut Geschäfte und Risiken eingehen kann, die dem Sparkassensektor fremd sind bzw. die gemäß Sparkassengesetz nicht erlaubt sind. Dies gilt insbesondere für das Kapitalmarktgeschäft als Kerngeschäftsfeld der WestLB, welches – wie angekündigt – aufrecht erhalten werden soll.

c. Keine Vermittlung von Kreditverbriefungen an Sparkassen, sofern sie nicht ausschließlich aus Krediten des Sparkassenfinanzverbundes stammen

Wir fordern deshalb eine Regelung im Sparkassengesetz dahingehend, dass die WestLB den Sparkassen keine strukturierten Kreditverbriefungen andienen darf, sofern diese nicht aus Krediten bzw. Kreditrisiken des eigenen Finanzverbundes („erweitertes Regionalprinzip“) stammen.

d. Erwerb der neuen WestLB durch die öffentliche Hand bzw. durch den Sparkassen-Finanzverbund in 2011 nur bei klarem, tragfähigem Konzept.

Der Landtag darf einem erneuten Erwerb der WestLB im Jahre 2011 – insbesondere über die Sparkassen – nur zustimmen, wenn ein tragfähiges Konzept vorgelegt wird, das den vorgenannten Anforderungen entspricht. Es dürfen in Zukunft keine Steuergelder mehr zum Fenster heraus geworfen werden. Sofern ein tragfähiges Konzept nur durch eine Fusion der WestLB auf eine andere Landesbank oder ein anderes Institut der Sparkassen-Finanzgruppe sicher gestellt werden kann, so ist einer solchen Fusion zuzustimmen.

e. Kein Einstieg Privater in die Sparkassenlandschaft über die Hintertür.

Sollte ein funktionierendes Geschäftsmodell für die WestLB vorgelegt werden, muss verhindert werden, dass ein Privatinvestor über die Hintertür die Politik und Preise der Sparkassen bestimmen kann.

2. Eigenkapitalunterlegung der Banken bei der Kreditvergabe an KMU

Im Zuge der aktuellen Diskussion zur Bankenregulierung stehen immer wieder die Forderungen nach der erhöhten Eigenkapitalunterlegung von Kreditrisiken im Raum. Diese Forderung bestand bereits vor der Finanzmarktkrise im Rahmen der Basel-II-Regulierung und erschwert seitdem insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Zugang

zum Kreditmarkt. Die Auswirkungen der Finanzkrise verstärken dieses Problem noch, da die Banken aufgrund krisenbedingter Auswirkungen ohnehin weniger Eigenkapital vorweisen können, welches für die Kreditvergabe notwendig ist. Die Finanzmarktkrise darf aber keinesfalls auf dem Rücken der KMU ausgetragen werden, indem die Kreditvergabe durch weitere Eigenkapitalanforderungen an Banken noch weiter erschwert und zugleich verteuert wird.

Das Risiko, welches von den Banken durch den Einkauf von Kreditverbriefungen eingegangen wurde, steht in keinem Verhältnis zu den erschwerten Bedingungen der Kreditvergabe an KMU. Hier ist für eine Gleichbehandlung – wenn nicht sogar Besserstellung – der KMU zu sorgen. Dies gilt umso mehr, als dass sich deutsche Unternehmen regelmäßig über oft langfristige Bankkredite refinanzieren und ein enges Verhältnis zu den Geschäftsbanken pflegen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass der direkte Zugang zum Kapitalmarkt – u.a. wegen seiner hohen Anforderungen an die Publizitätspflichten des Unternehmens – für den Mittelstand immer noch die Ausnahme ist.

In der Annahme, dass die Säulen von Basel II grundsätzlich erhalten bleiben, d.h. Eigenkapitalvorschriften, Bankenaufsicht und Offenlegung, fordert die AGSNRW:

Das System der Risikogewichtung und die internen Bewertungsmodelle der Banken sollten insbesondere bei KMU mit einfachen, transparenten Eigenkapitalanforderungen ersetzt werden. Die vor der Einführung von Basel II herrschende Bonitätsbeurteilung, die neben einfachen Kennzahlensystemen vor allem auf den Erfahrungswerten des Kreditsachbearbeiters basierte, ist wieder einzuführen.

Banken haben ihre Kreditrisiken – nicht nur bei Kreditvergabe an KMU – wieder selbst zu überprüfen. Sie dürfen sich nicht auf die Agenturen verlassen. Sofern sie sich dennoch auf Rating-Agenturen verlassen dürfen, muss die EU dafür sorgen, dass Rating-Agenturen bankähnlich reguliert werden.

Das wäre ein wichtiger Impuls für die Wirtschaft und für die Absicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in KMU.



Christiane Schmitz, Rechtsanwältin aus Köln, ist Mitglied des Landesvorstands der AGSNRW und dort zuständig für die Bereiche Finanz- und Wirtschaftspolitik.

AUS DEN REGIONEN

AGS BOCHUM & AGS ENNEPE-RUHR

WER ARBEITET, DARF AUCH FEIERN!

Der Landesvorstand der AGSNRW war am 12.11.2009 zu Gast bei der AGS Bochum und der AGS Ennepe-Ruhr. Anlass war das 29. traditionelle Martinsgansessen der AGS im Kolpinghaus Höntrop. Thomas Struck, Vorsitzender der AGS Bochum, konnte unter den Gästen u. a. MdL Thomas Eiskirch begrüßen. In geselliger Runde ergaben sich gute Gespräche, nicht nur über Politik.



Bevor Gastgeber und Gäste sich zum Essen trafen, war ein Arbeitstreffen des AGS-Landesvorstands anberaumt. Dabei wurde insbesondere über den Wahlausgang und die sich daraus ergebenden Konsequenzen diskutiert. Weiterhin soll die Arbeit der AGSNRW auf einer für Anfang 2010 geplanten Klausurtagung neu ausgerichtet und intensiviert werden.

AGS ENNEPE-RUHR

DAS „ROTE BRANCHENBUCH“

Netzwerke bilden, kommunizieren und sich gegenseitig stützen: Das fällt den Mitgliedern der AGS Ennepe-Ruhr jetzt deutlich leichter mit ihrem soeben erschienenen Roten Branchenbuch.

Hier finden sich zahlreiche Unternehmen von AGS-Mitgliedern mit ihren Tätigkeitsschwerpunkten und Kontaktdaten. „Warum nicht einfach den Kontakt zum Unternehmen oder der Dienstleistung einer Genossin oder eines Genossen suchen?“ – das war die

Idee des Initiators, dem stellvertretenden Vorsitzenden der AGS Ennepe-Ruhr Dr. Michael Dauskardt. Das „Rote Branchenbuch“ erfährt jeden Monat ein Update und wächst ständig durch neue Mitglieder. Mittelfristig ist eine Gliederung nach Branchen und Dienstleistungen geplant. Auch soll evaluiert werden, inwieweit sich neue Kundenkontakte durch das Branchenbuch ergeben.

IN EIGENER SACHE

BEITRÄGE FÜR DIE AGS:NACHRICHTEN

Wir freuen uns immer, wenn bei uns aktuelle Themen oder Terminhinweise aus den AGS-Untergliederungen eingehen. Wir würden das Spektrum der angelieferten Artikel gerne noch erweitern, z.B. auf Porträts und Aufgaben unserer AGSler in kommunalen, Kreis- und Landesfunktionen oder in Ehrenämtern. Gerade diese Meldungen aus dem Alltag machen unsere Nachrichten noch interessanter und unsere AGS-Arbeit lebendig. Bitte schickt Eure Informationen an » redaktion@ags-in-nrw.de.

Hier noch einige Tipps, die uns die nachfolgende Arbeit erleichtern:

- Texte als Word-/RTF-/TXT- oder OpenOffice-Datei ohne Bilder, aber mit Bildlegenden anliefern
- Aussagekräftige Dateinamen verwenden, z.B. in der Form 090611_AGSDO_PM_Ope1.doc
- Fotos/Grafiken in den Formaten JPG, GIF, TIF, PNG immer separat schicken (niemals in ein Word-Dokument eingebettet!); Mindestbreite für Porträts 400 Pixel, für spaltenbreite Fotos 1024 Pixel. Urheberrechte beachten!
- Terminhinweise wie im Newsletter liefern, d.h. Datum/Uhrzeit in der ersten Zeile, Veranstalter in der zweiten, Titel in der dritten etc., Veranstaltungsort in der letzten.
- Bei Zitaten aus Büchern oder dem Internet: Bitte Quelle oder Internetlink immer ausschreiben.

Schickt uns die Texte möglichst schon veröffentlichungsreif. Helft bitte mit, unsere Ausgaben noch „bunter“ zu machen und bringt sie noch näher zu den Aktionen in Euren Orten.

KURZ NOTIERT

◀ FINANZEN ▶

Vier Grundregeln bei insolventen Kunden

Ein häufiger Grund für eine Firmen-Insolvenz ist die Insolvenz eines Großkunden. Eine Checkliste verrät, wie Sie Ihr Geld retten, wenn ein Kunde pleite geht. Laut » mein-geschaefterfolg.de, einem Verlagsbereich des Verlags für die Deutsche Wirtschaft, muss eine Insolvenz nicht das Aus bedeuten – weder für das Unternehmen, noch für die Kundenbeziehung. Der Verlag rät Unternehmen zu vier Schritten, wenn sie die Insolvenz bei ihren Kunden bereits erahnen.

>>> mehr

◀ STEUERN ▶

Kostenlose Vorlage für die Unternehmenssteuerung

Zwei interaktive Vorlagen für die Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) und für die wichtigsten Kennzahlen helfen Ihnen bei Ihrer Unternehmenssteuerung. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) stellt die Vorlagen als Gratis-Download im PDF-Format zur Verfügung.

>>> mehr

◀ POLITIK ▶



Kaum Unternehmer im Bundestag vertreten

Im neu gewählten Bundestag finden sich unter 622 Abgeordneten genau 19 Unternehmer, dafür aber 149 Juristen und 130 Beamte. Das haben Recherchen des Unternehmer-Magazins *impulse* ergeben. 11 der 19 Unternehmer sitzen laut *impulse* in der CDU/CSU-Fraktion (239 Sitze), für die FDP (93 Sitze) seien 6 Firmenlenker dabei. Sowohl die Fraktion der Linken (76 Sitze) als auch die Grünen-Fraktion (68 Sitze) seien jeweils durch einen Unternehmer vertreten. **Einzige Partei ohne einen Unternehmer im Bundestag sei die SPD, die insgesamt 146 Abgeordnete in ihrer Fraktion hat.**

>>> mehr

◀ UNTERNEHMEN ▶

Auktionsportale

Immer mehr Handwerksunternehmen nutzen online Aufträge. Das Magazin » impulse.de gibt eine Übersicht über die wichtigsten Auktionsportale, auf denen Handwerksbetriebe Aufträge finden können. Das Deutsche Institut für Service-Qualität habe ein Ranking der Portale mit dem besten Service erstellt:

1. Blauarbeit (» www.blauarbeit.de)
2. Myhammer (» www.myhammer.de)
3. Undertool (» www.undertool.de)
4. Jobdoo (» www.jobdoo.de)

Bei 50 Prozent der sieben getesteten Anbieter fielen keine Gebühren für die Handwerker an. Die andere Hälfte erhebe vom Auftragnehmer eine Provision zwischen 3 – 4%.

>>> mehr

Neues Unternehmer-Portal des BMWi online

Auf der Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ^[1] finden Unternehmer Informationen, Praxishilfen und Lösungsprobleme für typische betriebliche Probleme. Die Themen des Portals reichen von den Konjunkturpaketen I und II bis hin zu Antworten für Unternehmen in Krisenzeiten. Laut BMWi finden Unternehmer in der „Unternehmenswerkstatt“ Checklisten, Planer und Tools (^[1] » www.bmwi-unternehmensportal.de).

>>> mehr

(u.a. mit Material von <http://www.mittelstanddirekt.de>)

IN EIGENER SACHE

Da wir häufig um logistische oder technische Hilfe bei der Erstellung von AGS-Websites angefragt werden: Das können wir in der Regel schon aus zeitlichen Gründen nicht leisten. Bester Tipp: Unsere „Websozis“. Sie bieten fertige Pakete aus Webhosting, installiertem CMS inkl. SPD-Design und hervorragenden Service zu unschlagbaren Preisen an: » www.websozis.de +++ Der Vorstand der AGSNRW hat bei seiner letzten Sitzung die Einrichtung von Arbeitskreisen zu spezifischen Themen beschlossen. Die folgende Liste enthält zunächst nur entsprechende Vorschläge. Bei Interesse oder bei Vorschlägen zu noch nicht berücksichtigten Themenkomplexen bitten wir um Kontaktaufnahme: » andre.bruemmer@ags-in-nrw.de.

Vorschläge für Arbeitskreise:

(rot = bereits gegründet bzw. in Vorbereitung)

- Arbeit
- Bildung
- Bürokratieabbau
- Forschung und Wissenschaft
- Generationswechsel und Betriebsnachfolge
- Handel
- Handwerk
- Infrastruktur
- **Kapital und Finanzen**
(Leitung: *Christiane Schmitz, Jörg Brandes*)
- Kommunalpolitik
- **Medien, Kommunikation & Netzpolitik**
(Leitung: *Michael Henke, Angela Layendecker*)
- Körperschaften des öffentl. Rechts / Verbände
- Privatisierung
- Staatsquote / Steuern und Abgaben
- Umwelt
- Energie
- **Wirtschaft und Wirtschaftsförderung**

NEUER LANDESVORSTAND DER AGS NIEDERSACHSEN

Bei der Landeskonferenz der **AGS Niedersachsen** am 21.11.09 in Fallersleben bei Wolfsburg wurde ein neuer Vorstand gewählt: Alter und neuer Landesvorsitzender ist **Prof. Dr. Michael Hamann**, seine Stellvertreter sind **Angelika Dorsch, Prof. Dr. Ulrich Hammer, Christoph Sahn** und **Henning Staats**.

Im Rahmen einer ganztägigen Klausurtagung unter dem Motto „Mittelstandsfinanzierung in der Finanz- und Wirtschaftskrise“ referierte u. a. **Edelgard Bulmahn**, MdB aus Hannover und derzeitige Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie im Bundestag, über „Unterstützung der KMU in der Krise: Aufträge, Finanzierungsunterstützung, Steuererleichterung“. Ebenso informierten Vertreter der „Investitions- und Förderbank Niedersachsen“ (N-Bank) und der „NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH“ zum Thema.

Die AGSNRW gratuliert dem neuen Vorstand sehr herzlich und wünscht viel Erfolg bei seiner Arbeit!

„Unternehmer, mittelständische Familienbetriebe, Handwerker, Selbstständige und auch die vielen klugen und verantwortungsbewussten Manager, die es in Deutschland auch gibt, brauchen wir auch. Sie leiden unter der Finanz- und Wirtschaftskrise übrigens häufig genauso wie ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hinter diesen Unternehmer- und Managerbiographien steckt auch viel Engagement, Leistung und Verantwortungsbewusstsein. Liebe Genossinnen und Genossen, das sind unsere Partner; das ist nicht der Klassenfeind. Auch das müssen wir verstehen.“

Aus der Rede von Sigmar Gabriel auf dem Bundespartei-tag am 13.11.2009 in Dresden

Bis zur nächsten Ausgabe

André Brümmer

Stellv. AGS-Landesvorsitzender NRW

Mitglied des AGS-Bundesvorstands

